

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . 16.— Ks, vierteljährlich 48.— Ks, halbjährig . . . 96.— Ks, ganzjährig . . . 192.— Ks.

Für Deutschösterreich monatlich 400.— SK, für Deutschland 40.— Mk

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

1. Jahrgang.

Mittwoch, 30. November 1921.

Nr. 77.

Uebermut der Kohlenbarone.

Der Bergbau dieses Staates, damit die Grundlagen seiner Industrie und weil die tschechoslowakische Republik ein Exportstaat ist, seine gesamte Volkswirtschaft befinden sich vor einer schweren Krise: Die Verhandlungen, die Montag zwischen den Bergarbeitern und den Unternehmern geführt wurden, sind ergebnislos verlaufen, die gestrige Reichskonferenz hat beschlossen, sich einer Herabsetzung der Bedinge zu widersetzen und nötigenfalls zu dem letzten Mittel zu greifen, daß den Arbeitern in ihrem Existenzkampf gegenüber den Unternehmern zu Verfügung steht, der Arbeitsverweigerung. Damit ist die Gefahr eines Streiks der Bergarbeiter in unmittelbare Nähe gerückt.

In den wochenlangen Verhandlungen, welche die Arbeiter mit den Unternehmern führten, konnte man den Trotz und den Uebermut der Grubenbarone kennen lernen. Die Bescheidenheit, von der diese Herren nach dem Umsturze erfüllt waren, ist geschwunden. Als die kaiserlichen Offiziere und die Maschinenengewehre, mit denen man die Bergarbeiter in der Zeit des Krieges eingeschüchtert hatte, die Schächte verlassen, fürchteten die Bergherren, das letzte Stündlein ihrer Herrlichkeit habe geschlagen. Auf die Gewalt hatten sie ihre Sache gestellt und als die Gewalt beseitigt wurde, da war die Furcht vor dem Kommenden, das sie beherrschende Gefühl. Dazu kam noch, daß die Unternehmer im Ostrauer- und nordböhmischen Kohlenbecken Deutsche waren und dadurch die neue Staatsgewalt in einen gewissen Gegensatz zu ihnen trat. Die alten Häden, welche industrielle und Bürokraten verbanden, waren durch den Untergang des alten Oesterreich zerrissen worden. Aber die Grubenkapitalisten haben sich den neuen Verhältnissen erstaunenswert rasch angepaßt. Sie haben den „deutschen Charakter“ ihrer Unternehmungen dadurch bewahrt, daß sie in die Verwaltungsräte Männer beriefen, die der herrschenden Nation angehören und im tschechischen Volke eine politische Macht darstellen. An der Spitze einer der größten Gesellschaften des Ostrauer Reviers steht der ehemalige Finanzminister Dr. Englisch, die Direktoren der großen Werke sind allesamt Anhänger der nationaldemokratischen Partei. Nun glauben die Bergherren nichts mehr fürchten zu müssen, da sie sich auf Geduld und Verberb mit den tschechischen Kapitalisten und Bürokraten, mit den bürgerlichen Politikern auch der tschechischen Nation verbunden haben. Deswegen haben sie in den Verhandlungen einen Uebermut und Trotz gezeigt, der sonst schwer verständlich wäre und waren der Regierung gegenüber halsstarrig. Sie haben erst verhandelt, Vereinbarungen getroffen und diese Vereinbarungen nicht gehalten.

Die Bergarbeiter sind bereit, einer Erhöhung ihrer Leistungen zuzustimmen, die Unternehmer aber wollen die Löhne sofort herabsetzen. Als sich während der Verhandlungen die Bergarbeiter darauf nicht einlassen wollten und einer Lohnreduktion nicht zustimmen erklärten, weigerten sich die Unternehmer mit den drei koalitierten Gewerkschaften überhaupt zu verhandeln und wollten es nur mit den Vertretern des Ostrauer Reviers zu tun haben. Als jedoch Gerüchte in die Öffentlichkeit drangen, daß die Regierung sich mit dem Plane trage, Zwangsmaßnahmen einzuführen, die die Weiterführung der Betriebe besorgen sollen, ließen sich die stolzen Bergherren zu Verhandlungen herbei, wichen aber von ihrem hochmütigen Standpunkt

Der Wahnsinn in Frankreich.

„Deutschland hat das Sinken des Marktkurses selbst verschuldet.“

Paris, 29. November. (Havas.) Der französische Sachverständige und technische Berater Jacques Seydoux (?) erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Erektor“, er sei der Ansicht, daß Deutschland in der Lage sei, die nächsten Verfallstage einzuhalten. Deutschland, das versprochen habe, das Ultimatum durchzuführen, jedoch alles getan habe, um es undurchführbar zu machen, habe ein Mittel gefunden, um seine Zahlungsunfähigkeit zu beweisen, indem es den deutschen Markt gesperrt und dem Auslande jeden Kauf unmöglich gemacht habe. Auf diese Weise habe es die Ertriverna der Mark herbeigeführt, so daß es jede Sanierungsmöglichkeit in Frankreich, Amerika oder England verlieren mußte. Die deutsche Regierung habe nichts getan, um das Sinken des Marktkurses einzuhalten und niemals den Anlauf ausländischer Devisen durch seine Staatsangehörigen kontrolliert. Seydoux erinnerte an den Abschluß eines deutschen Ministers, welcher gesagt habe, das deutsche Budget sei das beste Agitationsmittel, worüber

Deutschland verfüge. Die Berliner Regierung habe sich streng an diesen Grundsatz gehalten, indem sie den Einzug der direkten Steuern, deren Ertrag ohnehin schon schlecht war, nicht mit dem nötigen Nachdruck betrieb. Was die indirekten Steuern anbelangt, so habe die deutsche Regierung sie aus Populäritätshalscherei vernachlässigt. Betreffs der Behauptung verschiedener, neutraler, feindlicher oder verbündeter Staatsmänner, Frankreich habe, wenn es mit Deutschland Geschäfte triebe, mehr zu gewinnen, als wenn es am gegenwärtigen Reparationsprogramme festhalte, erklärt Seydoux schlichtlich, wenn Deutschland durch ein einmütiges Vorsehen der Verbündeten zu verschiedenen fiskalischen Reformen, sowie dazu gezwungen werden könnte, die ausländischen Devisen an ihre Heimatländer wieder abzugeben, so würde die Mark wieder steigen und die aus dem Titel der Reparationen erfließenden Verbindlichkeiten Deutschlands würden rasch ihre Erfüllung finden.

Was die Monarchisten planen.

Ausgedachter Plan zur Aufrichtung des legitimistischen Terrors in Oesterreich.

Wien, 29. November. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Die „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht heute den Entwurf, den die schwarzgelben Legitimisten zur Aufrichtung von Terrororganen während der unarischen Pandalbewegung verfaßt haben. Darin heißt es unter anderem, daß zum Angriffe und zur Verprügelung aller feindlichen Organisationen und speziell deren Führer und verantwortlichen Presseleiter und sonstigen Gehäuflicher jeder Sprengel Terrortruppen organisiert, die unbedingt Disziplin und Gehorsam leisten müssen. Die Terrororgane sollen mit Hundspetischen, Ochsenzemern, Gummischläuchen und Säcken mit Salz und Paprika ausgerüstet sein.

Angestrebt wird die Ausrüstung mit Gummischläuchen und Schlagringen. Die Garben sollen geschult werden für rasches Eindringen durch Türen und Fenster, für das Sprengen feindlicher Anzüge, Ausmärsche und Versammlungen, für die Besitzergreifung von feindlichen Fahrzeugen, für die Verhinderung des Erscheinens feindlicher Blätter und für den Fall des Sturzes der Judenrepublik, für die Aushhebung und Verschleppung von Gefesseln zur persönlichen Sicherheit seiner Majestät, welche bei Attentatsversuchen rücksichtslos am nächsten Baum oder Kanndelaber aufgehängt werden sollen.

Die Kommunistische Parteizentrale über den Ofterputsch.

Berlin, 29. November. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Die Zentrale der kommunistischen Partei gibt eine Erklärung heraus, worin die Behauptung der kommunistischen Presse wiederholt wird, daß die Veröffentlichung der Protokolle über den Märzputsch nur zu dem Zwecke geschehen sei, um die Einheitfront des Proletariats zu zerstören. Die kommunistische Partei habe bisher alle Akte individuellen Terrors abgelehnt. Auch Eberlein veröffentlicht eine Erklärung, worin er sagt, daß er sich dem öffentlichen Gerichtsverfahren nicht entziehen werde.

Berlin, 29. November. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Genossin Fieß veröffentlicht eine Darstellung über die Verhandlungen der Vertreter der Unabhängigen Sozial-

demokratie Deutschlands mit den Leitungen der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften. Was sie insbesondere über den Empfang der Delegationen im Reich schreibt, läßt darauf schließen, daß die Aktion von kommunistischer Seite für ihre eigenen Parteizwecke ausgenutzt worden ist.

Die Berliner Bauarbeiter vor dem Streik.

Berlin, 29. November. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Die Berliner Bauarbeiter rüsten sich zu schwerem Kampf. Nachdem die Verhandlungen mit den Unternehmern ergebnislos verlaufen sind, ist in einer Versammlung des Bauarbeiterverbandes beschlossen worden, jetzt alle gewerkschaftlichen Mittel anzuwenden. Es ist bereits eine Streikleitung gewählt worden.

nicht im geringsten ab. Sie glauben auf die Bergarbeiter, auf deren Existenznotwendigkeiten, keine Rücksicht nehmen zu müssen. Die riesigen Profite, die ihnen aus dem Kohlenexport erwachsen und die nun durch den Marksturz zu schwinden drohen, wollen sie sich dadurch neuerlich sichern, daß sie die Löhne der Bergarbeiter herabsetzen, daß die Ausbütung der Grubenanlagen gesteigert wird. Um keinen Preis wollen sie von den Profiten lassen, die ihnen die Nachkriegszeit gebracht hat.

Die Reichskonferenz der Bergarbeiter die alle Bergarbeiter der tschechoslowakischen Republik vertritt, hat den Bergherren eine klare Antwort auf ihre Provokationen gegeben. An ihnen liegt es jetzt, ob es zu einem Kampfe kommen wird, der schwerwiegende wirtschaftliche und gesellschaftliche Erschüt-

terungen für diesen Staat mit sich bringen kann. Er wird den Bergarbeitern nicht nur deutlich die Tiefe der Luft des Klagengegensatzes neuerlich aufzeigen, sondern auch der gesamten Bevölkerung die dringende Notwendigkeit der Sozialisierung des Kohlenbergbaues begreiflich machen. Die Arbeiterschaft wird auch Gelegenheiten haben, die Stellungnahme und die Verfügungen der Regierung, die über die Machtmittel verfügt, die Unternehmer zum Einlenken zu bewegen, zu prüfen und so wird dieser Kampf auch zum Prüfstein für diese Regierung werden, er wird zeigen, welches Maß an politischer Kraft die Vertreter der beiden tschechischen Arbeiterparteien in der Regierung gegen das Bürgertum und die es vertretenden politischen Parteien einzusetzen gewillt sind.

Fragen des Pressegesetzes.

Zu dem Entwurf des neuen Pressegesetzes. Von Friedrich Austerlitz (Wien).

I. Zeitungskorrespondenzen. Der Entwurf nimmt die Zeitungskorrespondenzen von dem Gewerbe und von den Ordnungsbestimmungen aus, sofern sie als solche bezeichnet werden und auf ihnen der Druckort, der Name und Wohnort des Druckers und des Herausgebers angegeben ist. Aber Zeitungskorrespondenzen werden recht selten gedruckt; wenn sie auch irgendwo vervielfältigt werden so wird doch die Angabe des „Druckers“ doch immer nur eine Fiktion sein. Die Vorschriften, von denen die Korrespondenzen da ausgenommen werden, würden in der Hauptsache zwei sein: daß sie einen verantwortlichen Redakteur nicht anzugeben brauchen und nicht verhalten werden, eine Berichtigung zu veröffentlichen. Aber gerade diese Ausnahmen sind bedenklich. Warum soll eine Zeitungskorrespondenz, deren Inhalt unter Umständen in viele Zeitungen übergeht, von der Verpflichtung, eine unwahre Behauptung richtigzustellen, befreit werden? Warum soll eine Korrespondenz, deren Verbreitung oft über die Verbreitung eines einzelnen Blattes hinausreicht, nicht die Pflicht haben, jemanden zu nennen, der für den verbreiteten Inhalt unter allen Umständen verantwortlich ist? Die einzige Ausnahme, die für die Zeitungskorrespondenz zu machen ist, scheint die zu sein, daß man sie, von denen diese an einem Tage wiederholt ausgegeben werden, von dem Zwange der Ueberreichung eines Pflichtexemplares befreit; in allem übrigen sind sie nicht anders zu behandeln wie Zeitungen überhaupt.

Die Verbreitung. Mit Ausnahme der schon erwähnten Schikanen bei der Sammlung von Bestellungen sind die Bestimmungen durchaus entsprechend. Nur die Vorsorge für den Vertrieb durch Automaten (§ 17) ist recht überflüssig, da es in Wahrheit eine Verbreitung vor Zeitungen durch Automaten gar nicht gibt, solche Automaten nie mehr erzeugt werden und im übrigen, da das Verkaufen von Zeitungen von den alten Fesseln befreit wird, die Verbreitung durch Automaten einfach in den Kreis der freien Verbreitung fällt.

Plakate. Die Freiegebung des Anschlages von Plakaten erfordert unbedingt, daß die Verpflichtung, einen verantwortlichen Redakteur zu nennen, auf die Plakate ausgedehnt wird. Nicht minder wohl auf Flugblätter und auf Flugschriften (unter drei Bogen), die heute die eigentliche politische Agitationsliteratur sind, aber allzu oft anonym in die Welt gehen.

Der verantwortliche Redakteur. Der Sinn der Institution des verantwortlichen Redakteurs ist wohl der folgende: Die durch die Presse begangenen strafbaren Handlungen haben das Eigentümliche, daß einerseits die strafbare Handlung fixiert ist und beharrt, also geradezu offensichtlich ist, wogegen sich der Erforscher des Täters wieder geradezu unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen. Die Spuren, lediglich niedergelegt in dem Manuskript, sind völlig verwischt — weil das Manuskript eben, nachdem die Nummer erschienen ist, vernichtet wird — die Erforschung durch die Vernehmung von Zeugen der Tat muß, weil die Aussage eine Denunziation wäre, als unsittlich abgelehnt werden. Deshalb eben verlangt das Gesetz die Nennung jemanden, dem die Verantwortung vorweg zufällt. Der verantwortliche Redakteur mag also eine Fiktion sein, er ist aber eine notwendige Fiktion, ohne die es eine Verantwortlichkeit für strafbare, durch die Presse begangene Handlungen praktisch gar nicht gäbe. Er ist übrigens gar keine Fiktion: der verantwortliche Redakteur hat dafür Sorge zu tragen, daß in seiner Zeitung keine strafbare Handlung begangen werde; dafür kann er aber auch sorgen und die Pflicht, dafür zu sorgen, kann ihm das Gesetz also auch auferlegen. Aber das Gesetz muß sich deshalb damit auch begnügen, daß ihm irgend jemand als verantwortlicher Redakteur genannt wird; sein Recht ist dann, ihn zur Verantwortung zu ziehen. Aber ob er, um es so zu sagen, ein „ver-

entworfener" Redakteur ist, geht das Gesetz gar nicht an, denn das Gesetz hat an ihn keine anderen Rechte, als ihn zu strafen. Dazu taugt ihm aber jeder.

Damit erledigt sich auch die Befürchtung, die oft geäußert wird, die aber doch nur komisch ist: daß es kein „verantwortlicher“ Redakteur sein könnte, sondern ein Strohredakteur, also einer, der immerhalb der Redaktion keinen Einfluß hat, nur da ist, um gegebenenfalls die Strafe auf sich zu nehmen. Ganz abgesehen davon, daß das Gesetz eben nur verlangen kann, daß ihm jemand gesteht, an dem es sich halten kann — dies ist der eigentliche Sinn der Institution — so ist zu fragen, wie denn das Gericht prüfen könnte, ob jemand also der Genannte, den Einfluß eines verantwortlichen Redakteurs habe und übe. Der Entwurf bezeichnet als Kriterium „eines solchen Einflusses“ auf die Bestimmung des Inhaltes der Zeitung, daß der Verantwortliche berechtigt sei, die Veröffentlichung einer Berichtigung und eines gerichtlichen Erkenntnisses anzuordnen und durchzuführen. Aber ob er diesen Einfluß hat, könnte sich doch erst im konkreten Falle herausstellen: wie könnte also diese zukünftige Frage bei der Prüfung, ob der verantwortliche Redakteur die Voraussetzungen der Bestellung erfüllt, in Anschlag gebracht werden? Nebenbei: da für die Geldstrafen, die dem verantwortlichen Redakteur auferlegt werden, der Eigentümer haftet, wird der Einfluß, den darin besteht, Strafen von der Zeitung abzuhalten, wirklich jeder verantwortliche Redakteur haben. Der verantwortliche Redakteur soll dann den Einfluß haben, dafür zu sorgen, daß durch den Inhalt einer Zeitung keine strafbare Handlung und keine Handlung begangen werde, die einen Seelen-Schadenersatz begründet. Hier wäre die Prüfung nach dem Einfluß doch nur eine Fiktion: es müßte auch die Prüfung nach der Fähigkeit des verantwortlichen Redakteurs, die Strafbarkeit eines Artikels zu erkennen, eintreten. Dann wäre der Widerspruch freilich vollendet! Nun wäre die Sorge, die sich das Gesetz darüber macht, ob der verantwortliche Redakteur „einen solchen Einfluß“ habe ohne Belang, wenn nicht die Gefahr bestünde, daß sich auch das Gericht die Sorgen macht, nämlich sich über den „Einfluß“ ein Urteil anmaßt. Es ist nämlich derjenige strafbar, der wissenschaftlich eine der geforderten Angaben unrichtig macht (§ 35) und als eine solche „unrichtige Angabe“ könnte natürlich auch die Angabe eines verantwortlichen Redakteurs erachtet werden, der „einen solchen Einfluß“ nicht hat. Deshalb sollte man sich, so verführerisch sich der oberflächlichen Betrachtung der Gedanken repräsentiert, in eine Defination, was ein verantwortlicher Redakteur sei, unter keinen Umständen einlassen. Er ist der Mann, der verantwortlich, der als Bürge gestellt wird; mehr kann das Gesetz von ihm nicht beischen.

Die Berichtigung. Der Entwurf bringt zwei Neuerungen, die wohl erdacht und auch geeignet sind, diese Sache, die es ist, die an dem Pressegesetz die Öffentlichkeit am meisten interessiert, praktikabler zu machen. Der verantwortliche Redakteur verweigert die Veröffentlichung einer Berichtigung, weil er der Meinung ist, daß sie keine Berichtigung der mitgeteilten Tatsachen ist; der Entwurf schlägt vor, in diesem Falle des entscheidbaren Irrtums von der Verhängung einer Strafe abzusehen und bloß auf die Veröffentlichung der Berichtigung zu erkennen. Der Beteiligte schickt eine Berichtigung ein, zu der er zwar berechtigt ist, die aber die Vorchrift, daß sie nur eine Berichtigung der mitgeteilten Tatsachen sein darf, nicht genau eingehalten; das Gericht spricht da den Angeklagten frei, stellt aber auf Antrag des Anklägers den Text der Berichtigung selbst fest und erkennt dann auf Veröffentlichung. Beides ist ganz sachgemäß und wird den Zeitungen und dem Publikum nur Vorteile bringen.

Tagegen müssen andere Neuerungen eher Bedenken erregen. Die Ausdehnung des Berichtigungsrechtes auf diejenigen, „denen aus verwandtschaftlichen oder familiennrüdlichen an dem guten Rufe des Beteiligten gelegen ist“, erscheint, wenn man sich die Möglichkeit solcher Fälle überlegt, recht überflüssig. Ebenso die neue Vorsorge für den Fall, daß die Berichtigung „nicht so veröffentlicht wird, wie sie das Urteil aufgetragen hat.“ Dann tritt eben die Erziehung nach den Bestimmungen der Exkursionsordnung ein, die das Gesetz ja vorsieht; die Möglichkeit einer Anordnung, daß dann die Berichtigung in einer oder mehreren anderen, nämlich fremden Zeitungen, zu veröffentlichen sei, ist ganz überflüssig. Der Gedanke, das Berichtigungsrecht auch auf Flugblätter (aber die bedürften dann einer besonderen Bestimmung) und Plakate auszudehnen, ist ohne Zweifel geistreich. Nur dürften diese Berichtigungen solche Kosten verursachen, daß doch die Frage entsteht, ob eine bloße Unrichtigkeit, um die es sich ja auch handeln könnte, die Ausdehnung solcher Rechte zuläßt. Auch die Einführung des Wahrheitsbeweises in das Be-

richtungsverfahren wäre kein Nutzen. Nach dem Entwurf soll die Veröffentlichung der Berichtigung auch dann mit Recht verweigert werden können, „wenn ohne Verzug die volle Wahrheit der Behauptung erwiesen werden kann.“ Aber die Beschränkung auf die Wahrheit allein, die „ohne Verzug“, also hier in drei Tagen, dargelegt wird, fördert keine Wahrheit zutage. Entweder die Wahrheit muß, koste es, was es wolle, erforscht werden, oder man bescheidet sich, die Berichtigung, was sie ja ist, als die Rede des Anderen zu er-

Die Reichskonferenz der Bergarbeiter.

Bei Durchführung der Lohn und Gedingereduktion — Streik.

Am 29. November 1921 tagte im „Lidovy Dum“ in Prag unter dem Vorsitz der Genossen Jarolim und Brozík die Reichskonferenz der Bergarbeiter, welche den Bericht von den stattgefundenen Verhandlungen mit den Unternehmern und der Regierung entgegennahm und in Anbetracht der sich daraus ergebenden Situation sehr wichtige Beschlüsse faßte.

An dem Bericht, den die Abgeordneten Genossen Pohl, Brozík und Dragl erstatteten, knüpfte sich eine zweistündige Debatte, an der sich die Vertreter aller Reviere beteiligten. Die weitere Stellungnahme der Bergarbeiter in diesem Konflikt kommt in folgendem Beschlusse, der auf der Reichskonferenz einstimmig angenommen wurde, zum Ausdruck:

Die Reichskonferenz nimmt den Bericht über die Unterhandlungen, die zur Beilegung des Konfliktes im Mähr.-Osterr. Revier im Ministerium für öffentliche Arbeiten am 21. und 28. November 1921 geführt wurden, zur Kenntnis. Sie billigt die Haltung der Vertreter der koalitierten Bergarbeiterverbände bei diesen Unterhandlungen ausdrücklich und erklärt sich mit den von ihnen dort gestellten Anträgen einverstanden. Mit Rücksicht auf die durch den abklingenden Standpunkt der Unternehmer gegebene Situation faßt sie nachstehende Beschlüsse:

- 1. Die Bergarbeiter des Osterr. Reviers werden aufgefordert, für den Fall, als die Unternehmer die in ihren Kundmachung angekündigte Lohn- und Gedingereduktion bei der nächsten Prolongation im Revier Osterr. ganz oder teilweise durchzuführen, bzw. nicht widerrufen werden, die Arbeit niederzulegen.
- 2. Für den Fall, daß die Unternehmer dem Standpunkte des Ministers, den angekündigten Lohnvertrag bis zum Jahresstich unverändert einzuhalten bzw. die Löhne

achten. Offenbar waren sich die Verfasser des Entwurfes darüber im Klaren, daß die Befestigung des Berichtigungsrechtes mit einem Wahrheitsbeweis eine Ueberlastung wäre, die der bescheidene Sinn der Berichtigung gar nicht zuläßt. Daraus ist dann eben die Beschränkung auf den Wahrheitsbeweis geworden, der „ohne Verzug“ erbracht werden kann. Wer aber festhält, was die Berichtigung ist, daß in ihr eben nur auch der Andere zu Worte kommt, wird die Ueberflüssigkeit dieses Wahrheitsbeweises gleich erkennen.

und Gedinge unverfälscht zur Auszahlung zu bringen, entsprechen, verpflichten sich die Bergarbeiter, soweit es auf sie ankommt, gemäß dem Vorschlage ihrer Verbände bis zum 31. Jänner 1922 eine 20%ige Produktionserhöhung durchzuführen.

3. Für den Fall, als es in Mähr.-Osterr. zur Arbeitsniederlegung kommt, werden den koalitierten Bergarbeiterverbänden die weitgehendsten Vollmachten wegen Durchführung des Streikes in allen anderen Revieren erteilt. Die Verbände werden ermächtigt und aufgefordert, einheitliche Streikvorschriften herauszugeben.

Die Reichskonferenz nimmt zur Kenntnis, daß die Unternehmer ihrem Vorschlag über den Abschluß eines einheitlichen Kollektivvertrages für alle Bergbaureviere grundsätzlich zustimmen und bevollmächtigt die Verbände zur Führung der dazu erforderlichen Verhandlungen. Die Konferenz stellt jedoch fest, daß diese Verhandlungen nur möglich sind, wenn in der Verhandlungszeit die bestehenden Löhne und Gedinge in vollem Umfange anrecht bleiben.

Durch diesen Beschluß verbürgt die Reichskonferenz den Bergarbeitern im Osterr. Reviere die unbedingte aktive Solidarität der Bergarbeiter aller Reviere. Die Konferenz war von 67 Vertretern aller Reviere und den Vorsitzenden der Revierräte besetzt.

Die Bergarbeiter sind bis zur Grenze des Möglichen gegangen, ihre Bereitwilligkeit, bei der Milderung und Behebung der Krise selbst durch eine 20prozentige Produktionssteigerung im Reviere Osterr. mitzuwirken, wird von den Unternehmern nicht beachtet, die, wie der ganze Verhandlungsgang zeigte, den Streik wollen und gemäß dem Diktat der Direktoren Winter-Wien und Sonnenschein-Witkowski den Bergarbeitern eine Verschlechterung ihrer Lebenshaltung aufzwingen wollen.

Eine Stunde Abgeordnetenhaus.

An der Zeit von halb 2 bis halb 3 Uhr erlebte gestern das Abgeordnetenhaus bei ziemlich vollen Bänken und in Anwesenheit des Ministerpräsidenten und einiger Minister die zweite Lesung des Budgets. Der Klub Klinsk schloß bei der Abstimmung, erst später tauchten drei oder vier Mann der aus dem Ministerialklub ausgezogenen Slowaken auf. Ein neues Gesetz, das dann von der Mehrheit angenommen wurde, stellt die Varietät der tschechischen und der slowakischen Sprache in der authentischen Sammlung der Gesetze und Verordnungen her und verspricht, dem Bedürfnis der Minderheiten nach einem gleichzeitig erscheinenden Text in ihren Sprachen, „nach Möglichkeit“ gerecht zu werden. Es verdient besonders festgesetzt zu werden, daß die Mehrheitsparteien so besonderen Wert auf den Wortlaut „nach Möglichkeit“ legten und den Antrag Dr. Raddas ablehnten. Die Regierung kennt eben genau so gut wie ihre „Möglichkeiten“. — Das Haus erlebte dann erstern, nachdem es die beiden neuen Ausschüsse, den verfassungsmäßiglichen und den sozialpolitischen, gewählt hatte, noch eine halb traurige, halb lächerliche Episode. Ist es nicht sehr traurig, daß dieses Parlament Ende November zur Debatte über einen Streik schreitet, der sich im Juli abspielte? Kann die Arbeit, die die tschechischen Mehrheitsparteien leisten besser gekennzeichnet werden, als dadurch, daß sie die dringlichen Interpellationen über den Bankbeamtenstreik, die seinerzeit höchste Aktualität besaßen, nach einem halben Jahre erschließen wußt? Damit hat sich der traurige tschechoslowakische Parlamentarismus wieder einmal sehr der Lächerlichkeit ausgesetzt — und in der gestrigen Sitzung ist auch sehr herzlich gelacht worden. Während Minister Saberman seine gewundene Erklärung abgab, herrschte im Hause unbestimmter Pörm — dies das Ende, das die Petta dem Bankbeamtenstreik bereitet.

Präsident Tomasek eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 40 Minuten. Das Abgeordnetenhaus nimmt in zweiter Lesung den Finanzetatentwurf für das Jahr 1922 gegen die Stimmen der deutschen Sozialdemokraten, der

des verfassungsmäßiglichen und des sozialpolitischen Ausschusses durchgeführt. In ihnen wurden die Abgeordneten Genossen Dr. Jaas, Hadenberg und Heeger, in diesen die Abgeordneten Genossen Pohl, Taub und Schäfer gewählt. Die beiden Ausschüsse wurden vom Präsidenten sofort nach Schluß der gestrigen Hausung zu konstituierenden Sitzungen zusammenberufen.

Das Haus erlebte dann die Debatte über die dringlichen Interpellationen der Abgeordneten N. Hanis, Dr. Czech, Luchy, Bubnik und Genossen betreffend den

Bankbeamtenstreik.

Der Minister für soziale Fürsorge, Faberman, führte aus, daß der Zweck der dringlichen Anfrage, die im Juli eingegeben wurden, durch die Ereignisse überholt worden ist. Unterdessen war der Streik beendet und außerdem waren die Fragen an die abtretende Regierung gerichtet. Der gegenwärtigen Regierung wurde keine Möglichkeit gegeben, diese Ereignisse zu beeinflussen und sie konnte ihre Aufmerksamkeit nur dem Stand der Verhältnisse nach dem beendeten Streik zuwenden. Das tat sie auch und zeigte dabei das Bestreben, die überflüssigen Bärten zu beseitigen, die sich darin zeigten, daß ein Großteil älterer Beamter und Angestellter der Banken und Geldinstitute bei der Beendigung des Streikes nicht wieder ausgenommen wurde, wobei einzelne Funktionäre einen Druck auf die Bankbeamten ausübten und ihre Koalitionsfreiheit einschränkten. Das Ministerium für soziale Fürsorge hielt es für seine Pflicht, auf die Beseitigung dieser Umstände und auf die Wiederherstellung normaler Verhältnisse einzuwirken. Dem Ministerium wurde die Zusicherung gegeben, daß die länger dienenden Beamten und Angestellten ihre Stellen zurück erhielten. Das Ministerium für soziale Fürsorge machte die Vertreter der Banken auf die Unzulässigkeit des Zwanges in Bezug auf die Einschränkung des Koalitionsrechtes und des Rechtes der Zugehörigkeit zu der oder jener Organisation aufmerksam. Die Regierung berief sich auf das Terrorgesetz, mit dem Hinweis darauf, daß die Regierung im Verein mit ihren Frauen es als ihre erste Pflicht ansehe, die Koalitionsfreiheit ihrer Bürger und jedes Einzelnen zu schützen.

Abg. Spädel (Nationaldemokrat) verzichtete auf das Wort.

Abg. Dubichy (tschech. Agr.) beantragte Schluß der Debatte

Für die vorgemerkten Redner (Girsch, Bedmann und Stövin) sprach als Generalredner Abg. C. (tschech. Soz.-Dem.), der erklärte, daß die Debatte über den längst beendeten Streik überflüssig sei und daß er auf das Wort verzichte, da die Bankbeamten selber keine Verhandlungen darüber mehr wünschen. Die Verantwortung der Interpellationen durch den Minister wurde zur Kenntnis genommen. — Vizepräsident Hruban schloß unter dem Vorn der Kommunisten, welche die Verhandlung des Osterr. Konfliktes verlangten, um halb drei Uhr die Sitzung.

Aus dem Austrärtigen Ausschusse.

In der gestrigen Sitzung des Austrärtigen Ausschusses wurde zunächst der Bericht des Abgeordneten Postnik über die Bewilligung der Zuschüsse an die Wiener tschechische Gewerbetreibendenschaft auf Antrag des Berichterstatters verlesen, bis sich das Finanzministerium geäußert und die Klubs zur Vorlage Stellung genommen haben.

Dann berichtete Abgeordneter Brusovsk über den Handelsvertrag mit Rumänien. Abgeordneter Kreibich verlangte die Vertagung der Beratung dieses Gegenstandes bis zu dem Zeitpunkt, in welchem die Regierung berichtet, wie weit die Verhandlungen wegen eines Handelsvertrages mit Rußland gediehen sind. Abgeordneter Dr. Ramarsch bestritt den Zusammenhang des Handelsvertrages mit Rumänien mit der Abschließung eines solchen mit Rußland. Der Bericht des Abgeordneten Brusovsk wurde mit den Stimmen der Majoritätsparteien zur Kenntnis genommen und beschloffen, dem Haus die Genehmigung des Handelsvertrages und seine Verlautbarung in Vorschlag zu bringen.

Der Bericht des Abg. Brusovsk über den Vertrag mit Italien wurde nach einer Debatte, in welcher festgestellt wird, daß Italien von der Tschechoslowakei 180 Millionen Lire an Verzinsung für Rüstungswerte der Legionäre fordert, von den Majoritätsparteien genehmigt.

Abgeordneter Sidel berichtete über den internationalen Vertrag betreffend die Kontrolle des Verkehrs mit Waffen und Schießbedarf. Abgeordneter Kreibich verwies darauf, daß durch diesen Vertrag den imperialistischen Weltmächten geholfen werden und so die Lieferung von Waffen an die durch diese unterdrückten Völker verhindert werden soll, weshalb er sich gegen diesen Vertrag aussprechen muß. Der Bericht des Abgeordneten Sidel wurde von den Mehrheitsparteien zur Kenntnis genommen.

Abgeordneter Roudelka berichtete über die Regierungsvorlage betreffend die Auflassung des Amtes für Außen-

Deutschbürgerlichen und der Kommunisten an. Abg. Dr. Endel referierte sodann für den Verfassungsausschuss über den Regierungsentwurf, durch welchen die Abweichung beseitigt werden soll, die zwischen der Bestimmung des § 3 des Gesetzes vom 3. März 1919 und dem Sprachgesetz besteht. Der § 3 jenes Gesetzes soll so geändert werden, daß die Parität zwischen der tschechischen und der slowakischen Sprache so wie im Sprachgesetz gewahrt ist. Durch den neuen Gesetzesentwurf soll nun erreicht werden, daß die amtliche Uebersetzung der „Sbirka“ „nach Möglichkeit“ gleichzeitig mit dem Urtext erscheine und daß außer der amtlichen deutschen Uebersetzung die Sammlung der Gesetze und Verordnungen auch in polnischer, magyarischer und in jeder Sprache erscheinen soll, die der Landtag Karpathenlands bestimmen wird.

Abg. Dr. Pabda (Deutschnational) fordert, daß auch bei dieser Gesetzesvorlage die deutsche Sprache zu ihrem Rechte komme, daß die Gesetze und Verordnungen auch in deutscher Sprache erscheinen und daß der deutsche Text neben dem tschechischen und slowakischen gleichfalls authentisch sei. Falls ein dementsprechender Antrag nicht zur Annahme gelangen sollte, solle er den Antrag, daß im § 3 „nach Möglichkeit“ gefügt werden und daß daher die deutsche Uebersetzung des amtlichen Textes gleichzeitig mit diesem erscheine.

Abg. Dr. Pabda gibt der Fremde Ausdruck, daß die slowakische Sprache der tschechischen Sprache gleichberechtigt wird, fürchtet aber, daß diese Gleichstellung nur auf dem Papier bestehen wird. Er hält die Regierung für verpflichtet, die Frage der slowakischen Stenographie zu regeln.

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters wurde der Regierungsentwurf mit den Stimmen der Majoritätsparteien angenommen. Die zweite Änderungsanträge des Abg. Pabda ablehnte.

Sodann wurden die Wahlen der beiden neugegründeten Halbleitigen Ausschüsse, nämlich

handel. Die Abgeordneten Kaska und Genosse Dr. Hollitscher erklärten, daß sie für die Annahme dieses Vertrages umso eher stimmen können, als die deutschen Parteien sich seinerzeit gegen die Schaffung des Amtes für Außenhandel ausgesprochen. Die Vorlage wurde im Ausschuss genehmigt.

Der Bericht des Abgeordneten Kramarich über die Regierungsverordnung betreffend die Einstellung der Geldverbindlichkeit in alten Kronen gegenüber der österreichischen Republik wurde, da in Oesterreich eine gleiche Verordnung erlassen und eine neue Verordnung für die kommenden Jahre in Vorbereitung ist, genehmigt.

Senat.

In der gestrigen Sitzung teilte der Vorsitzende zu Beginn mit, daß die slowakischen Mitglieder der katholischen Volkspartei aus dieser ausgestiegen sind und einen eigenen Klub gebildet haben.

Auf der Tagesordnung stand die 2. Lesung des Regierungsantrages über die Schaffung einer Produktenbörse in Preßburg, der ohne Debatte angenommen wurde.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete der Gesetzentwurf über das Urheberrecht, der in der Fassung, die ihm der Justizauschuss gegeben hatte, mit einer von den deutschen Sozialdemokraten beantragten Änderung angenommen wurde. In der Debatte sprachen Polach (Deutsch. Soz. Dem.), Prof. Dr. Mayer-Paring (Deutsch. Christl. Soz.) und Prof. Dr. Mareš (Nat. Dem.).

Genosse Polach führte aus: Dem vorliegenden Gesetze stimmen wir zu. Wir sehen es als einen Fortschritt an, daß das Schutzrecht für geistige und künstlerische Arbeit über jene Staaten hinaus erweitert wird, die bisher an dem Berner Übereinkommen teilhatten und es war auch für die Tschechoslowakei notwendig, daß einheitliches Recht in diesem Punkte geschaffen werde. Einige für uns unannehmbare Bestimmungen dieses Gesetzes wurden schon im Verfassungsausschuss abgeändert, die eine Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Zustand bedeutet hätten. Die Regierung hatte eine Schutzfrist von 50 Jahren nach dem Tode des Autors gewünscht. Dadurch würde der Anspruch, den die Allgemeinheit auf die geistige und künstlerische Produktion hat, gegenüber dem Besitzenden verschlechtert worden sein. Sie hatte ferner ein Heimfallrecht an den Staat verlangt, was praktisch keineswegs eine Sozialisierung des geistigen Privateigentums bedeuten würde und auch die kulturelle und politische Gefahr mit sich gebracht hätte, daß der Regierung unangenehme Werke durch sie am Fortleben gehindert worden wären. In einem Punkte geht das Gesetz — was wir als einen Vorzug bezeichnen — über den bisherigen Zustand hinaus. Im § 4 wird auch auf den bildenden Künstler beziehungsweise seinen Erben das Schutzrecht ausgedehnt. Er erhält einen gesetzlich festgelegten Anteil von der Wertsteigerung seines früher verkauften Werkes bei jedem neuen Weiterverkauf. Aber die Formulierung dieses Paragraphen ist eine unvollkommene. Sie beschränkt diesen Anteil auf den Fall einer ökonomischen Versteigerung und fordert von dem Urheber, daß er vor der Versteigerung seinen Anspruch anmeldet. Das ist eine sachliche Beschränkung eines privatrechtlichen Anspruches, verleitet den Verkäufer, mit dem Werke ins Ausland zu gehen (um den Urheber um seinen Anteil zu bringen), abgesehen davon, daß er infolge Unkenntnis der Versteigerung um seinen Anspruch gebracht werden kann. Wenn also der Sinn des Gesetzes in diesem Punkte erfüllt werden und der bildende Künstler gegenüber dem Kunsthändler oder sonstigen Verwerter der geistigen Arbeit geschützt werden soll, dann müssen Sie jene Abänderung des Gesetzes annehmen, die wir ihnen vorschlagen.

Prof. Mayer-Paring besprach das Gesetz im einzelnen und verwies am Schlusse seiner Ausführungen auf die politische Seite hin, die darin gelegen sei, daß im Ausschusse durch die Zusammenarbeit von Deutschen und Tschechen ein gutes Gesetz zustande gekommen sei, woraus die Tschechen die Lehre von der Nützlichkeit einer Zusammenarbeit mit den Deutschen ziehen sollten.

Professor Mareš bedauert, daß es nicht bei den 50 Jahren Schutzfrist geblieben sei, was er mit dem sonderbaren Vergleich pariert, daß ja auch der Inhaber einer Werkstätte in der Ausübung seines Eigentumsrechtes nicht zeitlich beschränkt sei.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildete ein Bericht Dr. Soukup über den Gesetzentwurf betreffend die Benützung von Verkehrswegen und Liegenschaften für die Telegraphenzwecke.

Die nächste Sitzung findet morgen, um 3 Uhr nachmittags, statt.

Der Bericht an den Parteitag.

II.

Die Krise, in der sich die deutsche Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei befindet, ist selbstverständlich auch auf die Frauenbewegung nicht ohne Einfluß geblieben. Mehr als die Hälfte des Berichtsjahres stand vollkommen im Zeichen des Kampfes mit den Kommunisten, sodas jede Organisationsfähigkeit durch den taktischen Meinungsstreit erschwert wurde. Trotzdem wurde der Beschluß der letzten Frauenreichskonferenz durchgeführt und die Erziehung eines Sekretariates vorgenommen. Die zweite Hälfte des Berichtsjahres stand im Zeichen der Industriekrise und Arbeitslosigkeit, von der natürlich auch ein großer Teil der erwerbstätigen Frauen schwer betroffen wurde. Auch im Berichtsjahr betrug der weibliche Mitgliederstand wiederum nur etwas mehr als ein Viertel des gesamten Mitgliederstandes. Der Aufforderung des Sekretariates zur Bildung von Frauen-Bezirks- und Kreisomitees hat nur ein Teil entsprochen, was wiederum hauptsächlich auf den Mangel von Funktionärinnen und auf die Passivität der Frauen zurückzuführen sein dürfte. Die Tätigkeit in den Frauenorganisationen ist leider noch immer unzureichend was vor allem daraus zurückzuführen ist, daß die Frauen die Selbstständigkeit verloren haben und sich zu sehr im Schlepptau der Männer befinden. Das trifft fast auf sämtliche Organisationen in Mähren zu, wo die Frauenbewegung sehr im Argen liegt. Jetzt, wo der Spaltungprozess innerhalb der Partei beendigt ist, muß also intensive und planmäßige Agitations- und Aufklärungsaktivität einsetzten, soll unsere Bewegung nicht nur ziffernmäßig, sondern auch geistig erstarben und die Möglichkeit geschaffen werden, die proletarische Frau in größerem Maße als bisher sozialistisch zu schulen und neue Kämpferinnen für die Idee des Sozialismus zu erwerben. — Infolge der Parteispaltung ist auch die Auflage der „Sozialdemokratin“ zurückgegangen, sie beträgt jetzt 40.000 Exemplare.

Die deutsche sozialistische Jugend in der Republik war bis zum November 1920 im „Verbande der sozialdemokratischen Arbeiterjugend“ vereinigt. Alle Kämpfe der Arbeiterjugend wurden in einheitlicher Weise durchgeführt durch eine geschlossene Organisation. Noch am 1. August 1920 fanden in allen Teilen der Republik im Einvernehmen mit der Partei wohl vorbereitete, machtvolle Kundgebungen gegen den Militarismus statt. Diese einheitliche Organisation gesprengt zu haben, ist eines der traurigen Verdienste der Kommunisten. In geheimen Konferenzen, die von der Exekutive der kommunistischen Jugendinternationale geleitet und gefördert wurden, wurden kommunistische Zellen gebildet. Der Verbandstag, der am 31. Oktober und 1. November 1920 in Karlsbad stattfand, ergab eine kommunistische Mehrheit. Die auf dem Verbandstage in der Minderheit verbliebenen Delegierten hielten am 7. November 1920 in Bobenbach eine Konferenz ab, in der ein Aktionskomitee gebildet und beschlossen wurde, im Verbande weiterzuarbeiten. Der kommunistische Verbandsvorstand schloß die Unterzeichner dieses Aufrufes und alle Organisationen, die sich mit ihnen solidarisch erklärt hatten, aus dem Verbande aus. Dadurch wurde die Schaffung eines neuen Verbandes notwendig, die auf der Reichskonferenz in Teplitz am 15. Dezember 1920 erfolgte. Der Verband wuchs rasch und zählte am 30. Juni 1921 188 Ortsgruppen mit 9145 Mitgliedern. Auf dem ersten Verbandstage vom 10. bis 12. September in Teplitz wurde ein ausführliches Programm beschlossen. Die Verbandszeitschrift „Sozialistische Jugend“ erscheint in einer Auflage von 11.000 Exemplaren.

In der Gewerkschaftsbewegung des Berichtsjahres ist der Ausbau der Kreisgewerkschaftskommissionen hervorzuheben, von denen es gegenwärtig 16 gibt, ebenso wurden allorts neue Gewerkschaftskartelle gegründet. Der Mitgliederstand des Gewerkschaftsbundes wies im Jahre 1920 einen Zuwachs von 100.000 Mitgliedern auf. Ende 1920 waren im Gewerkschaftsbunde 400.000 Arbeiter und Angestellte vereinigt. Das Verhältnis zu den tschechischen Gewerkschaften konnte im Berichtsjahr nicht endgültig geklärt werden. Die Ursache liegt darin, daß der Erfolg der Verhandlungen bisher dadurch gehindert wurde, daß die Vorschläge der tschechischen Genossen bestimmte Bedingungen, die hauptsächlich in der Auflösung unserer Verbände gipfelten, enthielten. Durch Vermittlung des Internationalen Gewerkschaftsbundes kam es zu Verhandlungen, deren Ergebnis die Einsetzung eines gemeinsamen Ausschusses ist. — Die große Zahl der Lohnbewegungen wurde zwingend durch die weiter anhaltende Teuerung. Es ist richtig, daß die Steigerung der Lebenskosten durch die

Lohnbewegungen nicht restlos ausgeglichen werden konnte, doch kann ruhig behauptet werden, daß die Gewerkschaften tausende Familien von Arbeitern und Angestellten vor der Verelendung bewahrt haben. Am 18. Mai fanden in allen Bezirksstädten von der Zentralgewerkschaftskommission veranstaltete große Demonstrationsversammlungen mit der Tagesordnung „Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit“ statt. Die Gesamteinahmen der Kommission belaufen sich im Jahre 1920 auf 381.332 K 66 h, die Ausgaben auf 280.322 K 25 h.

Die Konsumgenossenschaften haben auch im abgelaufenen Jahre ihre ruhige Entwicklung fortgesetzt. Neugründungen gibt es sehr wenige weil der Verband deutscher Wirtschaftsgenossenschaften das Hauptgewicht auf die Konzentrierung, beziehungsweise auf den Ausbau der Bezirksvereine gelegt hat. Eine Reihe von Konsumvereinen hat ihre Liquidation beschlossen, weil sie sich fusionieren, um die Vorteile des Großbetriebes der Konsumentenorganisation ihres Wirtschaftsgebietes zu sichern. Der Mitgliederzustrom war in diesem Jahre etwas mäßiger, doch zeigt die Statistik ebenfalls eine Vermehrung der Mitgliederzahl. In demselben Maße, in dem sich die Konsumvereine entwickeln, bildet sich auch die Großverkaufsgesellschaft aus und ihr Umsatz überstieg im letzten Berichtsjahr bereits den Betrag von 400 Millionen Kronen. Neu errichtet wurde ein Betrieb zur Erzeugung von Kaffeeersatzgetränken in Rezacowitz. Die Handwarenherstellung wird ebenfalls in den Bereich der neuen Erzeugung einbezogen. Zu diesem Zwecke wurde die Handwarengenossenschaft in Jwidaun übernommen und entsprechend ausgebaut. In Bärtingen wurde ein Betrieb zur Konfektion erworben, dort werden in allernächster Zeit bereits 100 Personen beschäftigt sein.

Aus dem Kassabericht haben wir hervorzuheben, daß die Gesamteinahmen der Partei im Berichtsjahre 1.066.890 K 72 h, die Ausgaben 1.047.713 K 81 h betragen haben, sodas sich ein Saldo per 30. Juni 1921 von 49.176 K 91 h ergibt. Der Saldo des Zentralwahlfonds betrug an demselben Tage 155.382 K 78 h.

Angeschlossen sind diesmal an den allgemeinen Bericht, wie es vor dem Kriege gewesen ist, die Berichte der Kreisorganisationen. Sie werden von jedem Vertrauensmann mit Interesse gelesen werden. Der Bericht der Kreisorganisation Puffig erzählt von den schweren Kämpfen, die die Sozialdemokratie dort geführt hat und schildert eingehend die Wirkungen der Wirtschaftskrise in diesem Gebiet. Der Bodenbacher Bericht ist eine sehr lehrreiche Darstellung der ökonomischen und sozialen Struktur des Kreisgebietes. Sehr interessant ist auch der Bericht der Kreisorganisation Brünn, der die dort vorherrschenden schwierigen Verhältnisse infolge der nationalen Gliederung der Bevölkerung darstellt. Der Bericht der Kreisorganisation Reichenberg erzählt von der schweren Arbeit des Wiederaufbaues unserer Organisationen. Der Bericht der Kreisorganisation Teplitz-Saaz bringt eine detaillierte volkswirtschaftliche Schilderung dieses Gebietes. Im Trautenauer Kreis wird die Wirtschaftskrise mit ihren eigentümlichen Wirkungen im Organisationsbereich dargestellt, während wir aus dem Berichte der Troppauer Kreisorganisation einen lehrreichen Einblick in die Kämpfe der dortigen politischen Parteien erhalten. Auch die Berichte der anderen Kreisorganisationen enthalten manch Wissenswertes.

Wenn man den Parteibericht gelesen hat, empfangt man den Gesamteindruck, daß das Berichtsjahr für die Partei ein schweres gewesen ist, daß aber die Sozialdemokratie in der deutschen Arbeiterchaft so festgewurzelt ist, daß sie auch diese Krise glänzend überstanden hat.

Inland.

Auferstehung aus dem Massengrab? Die „Gesellschaftsrepublik“, deren trauriger Verfall es ist, Alles, was die jeweilige Regierung tut und unterläßt und alles, was von den Regierungsparteien angestellt wird, für absolut richtig zu finden, unternimmt es, gegen unser Urteil über die Budgetabstimmung zu polemisieren. Das Blatt meint wirklich, daß unsere Anträge, die die Mehrheit dem Budgetausschuss zugewiesen hat, eine feierliche Auferstehung im Plenum feiern werden. Wir aber wissen, daß der Budgetausschuss das Massengrab ist, aus dem man vielleicht der Form wegen irgend einen entseelten Antrag vor das Plenum zerren wird, um ihn dann umso gründlicher zu verscharren. Drei Jahre Zeit hatten wir, um die Tschechoslowakei und ihre Regierungsmethoden kennen zu lernen!

Eine Änderung des Reichsschulgesetzes ist, wie „Nat. Pol.“ meldet, im Regierungsentwurf vorgeschlagen. Die höchste Anzahl der Schüler einer Klasse wird mit 65 festgesetzt, aber erst vom Jahre 1920, bis zu welcher Zeit die Zahl der Schüler allmählich auf die genannte Ziffer reduziert werden soll. Der

Verband der deutschen Lehrer hat dagegen bereits in einem Protest vorgeschlagen, daß die Höchstzahl der Schüler in einer Klasse mit 30 festgesetzt werde und daß, wenn mehr Schüler in die Klasse eingeschrieben werden, eine zweite Klasse, und zwar provisorisch, errichtet werde. Im Regierungsentwurf sind unter die obliquen Gegenstände der Volksschule und Bürgerschulen neu eingereicht: Bürgerlehre, Sittenslehre, Handarbeiten für Knaben und Mädchen, Turnen für Mädchen; die Religion soll auch fernerhin einen Lehrgegenstand an den Volksschulen und Bürgerschulen bilden. Nach § 19 des Entwurfes sind Lehrer und Lehrerinnen berechtigt, sowohl an den Knaben, wie an den Mädchenschulen zu unterrichten. Die Hälfte der Lehrposten jeder Schule soll durch Lehrer, die andere durch Lehrerinnen besetzt werden. Das Schulgeld wird nicht aufgehoben.

Die Republik hat eine neue Affäre. Unter diesem Titel schreibt das „Rude Pravo“: In Troppau hat sich ein deutscher Rekrut bei der Kontrollversammlung statt mit dem Worte „de“ mit dem deutschen „hier“ gemeldet. Es wurde dafür eingesperrt. In militärischer Kreise ist man darüber entsetzt und man denkt „im Interesse der Republik“ an „energische Maßnahmen“, damit etwas Ähnliches künftig nicht geschehen kann. Als ähnliche Affären vor Jahren die Grundlagen der Monarchie erschütterten, lachten wir über die unheilbare Dummheit des österreichischen Systems welches langsam, aber sicher den monarchistischen Staat umbrachte, was wir Gott sei Dank erleben. Aber es hat sich nichts geändert höchstens, daß früher die Affären durch das „de“ und jetzt durch das „hier“ hervorgerufen wurden.

Der Budweiser Sprachenstand. Bekanntlich ist Budweis wie andere gemischtsprachige Städte durch verschiedene Machinationen der Gewaltthäter tschechisch gemacht worden. Im Laufe von drei Jahren gelang es, die deutsche Minorität von Budweis unter zwanzig Prozent hinunterzudrücken und schon gehen die in Budweis Gewaltigen daran, aus ihrer Macht die gefürchteten Folgen zu ziehen. In der am letzten Montag abgehaltenen Sitzung der Gemeindevertretung verteilte der Vorsitzende Bürgermeister Svoboda bei der Verhandlung über den Punkt der Tagesordnung „Erbanung von Gemeindegeldern“, bei welchem es sich um einen Kostenaufwand von 4.700.000 K handelt, dem Stadtrate Leopold Schweighofer zu dem Gegenstande in deutscher Sprache zu sprechen und zwar unter Hinweis auf den am 2. Juli dieses Jahres gefassten Beschluß, daß Budweis als ein sprachlich tschechisch erklärt wurde. Stadtrat Maurel wollte hierauf namens der deutschen Mitglieder der Stadtvertretung eine Erklärung abgeben, aber auch ihm wurde es unterzagt, sich der deutschen Sprache zu bedienen, indem der Vorsitzende auf die beschlossene Aenderung der Geschäftsordnung für die Gemeinde Budweis hinwies. Da die deutschen Gemeindevertreter gegen den feinerzeitigen Beschluß einen Protest überreicht hatten, der bis heute noch nicht an die vorgelegte Behörde weitergeleitet wurde, so daß er noch nicht in Rechtskraft erwachsen ist, beharrten die deutschen Vertreter darauf, bei den Verhandlungen deutsch sprechen zu können. Da der Bürgermeister dies entschieden ablehnte, verließen die deutschen Gemeindevertreter den Sitzungssaal, da ihnen unter solchen Umständen ein Weiterverbleiben in der Gemeindestube unmöglich gemacht wurde.

Gauernsammung in Südbawien. Im Einvernehmen mit den parlamentarischen Klubs hat die Regierung von SZS. einen Entwurf ausgearbeitet, wonach das Land in Gane eingeteilt werden soll und zwar Bosnien und die Herzegovina in vier Gane, Kroatien in fünf, Dalmatien in zwei, der slowenische Teil in zwei, Montenegro ein Gau, die Patzcha ein Gau, während in Serbien die bisherigen Kreise aufrecht erhalten bleiben. Die Hauptstadt Belgrad bildet einen eigenen Gau. Während die Tschechen in ihrem Staate eine ähnliche Gaueinteilung getroffen haben, wehren sie sich dort, wo sie einige Minderheiten haben, da die tschechische Nation auf diese Weise in der Tschechoslowakei wenig zur Geltung kommen würde. Na, wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe.

Falls die Bergwerksbesitzer der Regierung trocken werden. Ein Regierungsblatt erzählt: Falls sich die Bergwerksunternehmer nicht entschließen sollten, zu der montägigen Beratung ihre Vertreter zu entsenden, so würde die Regierung dies als eine neuerliche Brüstung der Bestrebungen der Regierung, die Krise zu beheben, auffassen. In diesem Falle werde die Regierung in die Kohlenreviere Zwangslokomotiv zu entsenden. Man glaubt, daß sich die Unternehmer dieser Gefahr nicht aussetzen und Montag zu Verhandlungen bereit sein werden.

Die Hilfsaktion für das hungernde Rußland.

In der Sitzung des Arbeiterausschusses zur Hilfeleistung für Rußland, die unter dem Vorsitz des Genossen R e m e e am Dienstag, den 29. ds. M. stattfand, wurde die Mitteilung gemacht, daß der Verband der tschechoslowakischen Konsum- und Produktionsgenossenschaften den Beschluß faßte, aus dem gemeinsamen Hilfsausschusse auszutreten und sich der Aktion des internationalen Genossenschaftsverbandes anzuschließen. Die vom genannten Verbands gesammelten Gelder, ca. 140.000 K., reklamiert der Verband der Genossenschaften zu seiner Verwendung. Es wurde beschlossen, diese Mitteilung zur Kenntnis zu nehmen. Weiters wurde beschlossen, für 80 Prozent des vom Arbeiterhelfenausschuss gesammelten Betrages von 3.977.160 K. 93 h. das ist für 3.200.000 K. Kinderbekleidung einzulassen. Dieser Beschluß wurde im Einvernehmen mit dem internationalen Gewerkschaftsbunde in Amsterdam gefaßt, mit dem gemeinsam auch über den Restbetrag der gesammelten Gelder disponiert werden wird. Die Bestellungen sollen bis Ende nächster Woche durchgeführt werden, damit die Waren sofort nach Rußland abgefandt werden können. Zur näheren Aufklärung wird bemerkt, daß aus anderen Ländern, in denen sich die Arbeiterschaft an der vom internationalen Gewerkschaftsbund geleiteten Hilfsaktion beteiligt, nach Rußland Medikamente, Nahrungsmittel und andere Gebrauchsgegenstände abgefandt werden.

Tages-Neuigkeiten.

Blamables Mudertum. Der österreichische Minister des Innern, Herr Doktor W a b e r, hat große Sorgen, — würde man glauben, wenn man an die trostlose innere Lage Deutschösterreich denkt. Ja, er hat Sorgen. Aber er ist nicht etwa auf die so dringende Besserung der materiellen Lage der Österreicher, sondern ausschließlich auf deren geistiges Wohl bedacht. Der großdeutsche Doktor Waber schreiet Arm in Arm mit den Merkmalen und unter sagt — welch wichtiges Regierungsgeschäft! — das Anschlag angeblich unzüchtiger Paläste. Unzüchtig sind sie aber sicher nur deshalb, weil sie die „Arbeiterzeitung“ als Anklündigungsmittel für einen neuen antiklerikalen Roman „Pölibat“ benützt hat. Dabei stellt dieses Bild nichts anderes als ein junges Mädchen und einen jungen Priester im Beichtstuhl dar, beide Gestalten in edler Form gezeichnet. Herrn Doktor Wabers religiöses Gefühl ist verletzt, so sehr verletzt, daß er es auf einen Verfassungsbruch ankommen läßt. Denn die Landesregierung weigert sich und tut es mit vollem Recht, der Weisung des Ministers Folge zu leisten (hoffentlich nicht nur aus verfassungsrechtlichen Gründen) und Herr Doktor Waber wird es tatsächlich darauf ankommen lassen, daß die gemalte Szene zum Tribunal wird. Spielt sich hier eine Groteske der Gegenwartsgeschichte ab, da in einem Lande, dessen Menschenverhüllungen, der Minister Verfassungskonflikte wegen harmloser Illustrationen heraufbeschwört? Nein, es ist keine bloße Groteske. Sie hat eine sehr ernste Seite: hinter ihr steht das monarchisch-kerikale Mudertum der Vergangenheit, die Reaktion. Für ihre Interessen arbeitet Herr Doktor Waber sicher mit einem Aufwand größerer Energien als dafür, sich um die wahrhaftige Befundung der inneren Angelegenheiten Österreichs zu bekümmern.

Weber eine „Hier“-Affäre. Am 12. November wurden die Militärtscheine bei der 1. Erfanntkompanie des Infanterie-Regiments Nr. 1 in Budweis von einem Oberleutnant verlesen. Diejenigen, welche „hier“ statt „de“ wurden bestraft, indem man ihnen den Militärtschein erst am nächsten Tage ausstellte. Weil deutsche Soldaten unwillkürlich ihre Muttersprache gebrauchten, mußten sie einen Tag nach dienen. Das ist der Dank der tschechischen Republik für die deutschen Soldaten, welche ihrer Pflicht nachkamen und bereit sein mußten, auch ihr Leben für das Bestehen des Staates zu opfern.

Die neue tschechische Frauenklinik. Dieser Tage wird die neue Frauenklinik der Prager tschechischen Universität eröffnet. Das Institut sollte bereits unter österreichischer Verwaltung gebaut worden, doch bürokratische Verschleppung der Statthalterei ließ den Bau erst jetzt zur Ausführung gelangen. Das neue Krankenhaus ist mit allen modernen und zweckmäßigen Vorrichtungen und Apparaten ausgestattet, insbesondere ist das System von Anlagen praktisch, die eine rasche Beförderung der Kranken im liegenden Zustande, sowie die Beförderung von Kleidern, Wäsche und Speisen vermitteln. Die Kranken können im gan-

England für ein Moratorium an Deutschland?

Dichtung oder Wahrheit?

London, 29. November. „Daily Mail“ erzählt von gut unterrichteter Seite, daß die britische Regierung augenblicklich ihre Aufmerksamkeit auf die am 15. Jänner fällige deutsche Reparationszahlung konzentrierte. Das britische Kabinett werde demnach den Vorschlag Bradburys erörtern und man erwartet, daß die britische Regierung ein zwei- oder dreijähriges Moratorium für die deutschen Schulden an die Alliierten vorschlagen wird. Das Blatt erklärt, es bestehe kein Zweifel, daß auch den Franzosen der

Ernst der Lage Deutschlands klar geworden ist und die französischen Vertreter, welche die wahre Lage Deutschlands untersucht haben, seien einem Plane in der Art des britischen günstig gesinnt. Deutschland werde selbstverständlich gewisse Zahlungen in Barem weiterleisten, die übrigen Zahlungen würden nicht erlassen, sondern gestundet.

Das Wollfische Büro bemerkt hierzu: Die in dieser Depesche enthaltenen Informationen sind der Bestätigung außerordentlich bedürftig.

Deutschland wird nicht nach Washington geladen.

Berlin, 29. November. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Nach Meldungen aus Washington demontieren die amerikanischen Blätter die Nachricht, daß Präsident Harding Deutschland und andere Völker zu der gegenwärtigen Tagung nach Washington berufen werde. Ein derartiger Plan besteht für die gegenwärtige Tagung nicht. Präsident Harding habe erklärt, daß Deutschland und die anderen Nationen nur eingeladen werden sollen, um die Beschlüsse der Konferenz zu ratifizieren. Doch wird dies nicht auf der gegenwärtigen Tagung geschehen. Diese wird vielmehr ihre Beschlüsse ohne Rücksicht auf die anderen nicht vertretenen Völker fassen. Außerdem steht fest, daß einzelne der vertretenen Völker sich einer Zulassung Deutschlands widersetzen würden.

Waffenlager der Deutschen Reaktion.

Berlin, 29. November. Ueber den riesigen Waffenfund in den Koffschroverwerken in Heidenau bei Dresden schreibt Saurwein im Pariser „Matin“: „Mit den in Heidenau gefundenen 343 Säbiken könnten allein 28 Divisionen bewaffnet werden. Dazu sei zu bedenken, daß man wenige Tage vorher erst 150 Säbikenrohre in derselben Fabrik gefunden habe. Bedenke man, daß diese Entdeckung nur einem Zufall zu verdanken und daß es ausgeschlossen sei, alle Keller in Deutschland zu durchwühlen, so müsse man zu der Feststellung kommen, daß diese Tatsachen zu großer Beunruhigung Anlaß geben.“ Die „Freiheit“ sagt dazu: Wir haben sofort darauf hingewiesen, daß das Ausland aus einem so umfangreichen Waffenfunde die erforderlichen Konsequenzen ziehen werde. Das ist nun geschehen. Die deutsche Regierung sollte sich darüber klar sein, daß durch Schweigen die Sache nur verschlimmert werden kann. Eine Aufklärung ist schon deshalb dringend erforderlich, weil sonst die Auffassung entstehen könnte, als habe die deutsche Regierung mit dieser Waffenschiebung etwas zu tun.

Erhöhung der städtischen Tarife in Berlin.
Berlin, 29. November. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Die gestrige Stadterord-

nenversammlung beschloß eine wesentliche Verteuerung der städtischen Tarife, die namentlich für die Erhöhung der Gehälter und Löhne verwendet werden soll. Der Fahrpreis für die Straßenbahn beträgt 1 Mark 50. Der Gaspreis wird auf 3 Mark 50 per Kubikmeter und die Kilowattstunde Elektrizität auf 5 Mark erhöht.

Streik der Angestellten der Elektrizitätswerke in Berlin.

Berlin, 29. November. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Die kaufmännischen und technischen Angestellten der Elektrizitätswerke sind heute in den Streik getreten. Bald nach Mittag ist die Lichterzeugung eingestellt worden. Die Straßenbahn steht still. Der Demobilisierungskommissar hat in den Streik eingegriffen und einen Schiedsspruch, der über die Forderungen der Angestellten gefällt worden ist, für beide Parteien für verbindlich erklärt. Das soll bedeuten, daß dem Magistrat das Recht zugestanden wird, die Streikenden, die nicht bald zur Arbeit zurückkehren, restlos zu entlassen. Es ist nicht anzunehmen, daß die Angestellten sich durch diese Drohung einschüchtern lassen werden. Inzwischen werden neue Verhandlungen einzuleiten versucht, um den Streik beizulegen.

Die Reform des deutschen Reichs-Eisenbahnwesens.

Berlin, 29. November. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Es wird mitgeteilt, daß der Referentenentwurf zur Reform der Reichseisenbahn im Reichsverkehrsministerium nunmehr fertiggestellt sei. Der Leitgedanke dieses Entwurfes war die Loslösung des Verkehrsministeriums aus dem allgemeinen Etat zum Zweck der Bildung eines wirtschaftlich selbständigen Unternehmens. Weiter beschäftigt man mit dem Entwurf die Angliederung eines Generalrates an das Direktorium. In diesem Generalrat soll sowohl die Reichsregierung, als auch der Reichstag, die Eisenbahnbeamtenschaft und die Wirtschaft vertreten sein. Es wird also ein Eisenbahnparlament gebildet werden.

gen Gebäude durch Lichtsignale ärztliche Hilfe zur Stelle schaffen. Im ersten Stockwerke befinden sich Hörsäle, Arbeitsäle, die Bibliothek, im zweiten Stockwerke die Säle für große und dringende Operationen. Das Institut, dessen Bau allein über sieben Millionen Kronen kostet, kann jedoch gleichzeitig nur hundert Patientinnen Aufnahme gewähren.

„Straßburg“. Das korrupte Schmodblatt der tschechischen Regierung spricht prinzipiell nicht von Straßburg, sondern findet es für geboten auch das urdeutsche Straßburg um seinen Namen zu bringen. Die „Prager Presse“ kennt bloß ein „Straßbourg“. Schon daran wäre dieses servile Prekzeptil zu erkennen!

Beendigung des Wi er Theaterstreiks. Montag nachts fand eine Beratung von Vertretern der Theaterdirektoren und der Angestelltenorganisationen statt. Hierbei wurde in der Lohnfrage ein Einvernehmen erzielt. Infolgedessen ist seit gestern der Theaterstreik in Wien zum Abschlusse gelangt.

Vorsprache des Lokomotiv- und Heizhauspersonals beim Eisenbahnminister. Die Vertreter des Lokomotiv- und Heizhauspersonals des „Verbandes der Eisenbahner“ und der „Unie“ sprachen gestern im Parlamente beim Eisenbahnminister vor und überreichten ihm ein Memorandum, beinhaltend die dringendsten Forderungen der genannten Kategorien. Der Minister ersprach der Deputation, das Memorandum einem eingehenden Studium unterziehen zu lassen und den Standpunkt des Eisenbahnministeriums hierzu den beiden Organisationen in nächster Zeit bekannt zu geben.

Ein Mord und Selbstmord in der Prager Hauptpost. Gestern Früh wurde in der Kanzlei des Vorstandes der Telefonsektion im Hauptpostgebäude in der Heinrichsgasse der Leich-

nam der Bedienerin Marie Muzikar aufgefunden. Das Antlitz der Toten wies drei Beißspuren auf, eine Gade stal noch im Kopfe. Spuren eines Kampfes wurden nicht aufgefunden, jedoch der ganze Raum war mit Blut bespritzt. Man stellte fest, daß seit ihrem Dienstantritte um sechs Uhr Früh niemand anderer als die Bedienerin V a s o v gleichzeitig mit der Muzikar anwesend war. Die Vaso aber war nirgends zu sehen. Zeugen bestätigten, daß die beiden Bedienerinnen in Unfrieden miteinander lebten und daß die Vaso immerwährend der Muzikar gedroht habe, sie zu erschlagen. In die Wohnung der Vaso wurden sofort Detektive gesendet, die Wohnung jedoch wurde verschlossen und leer gefunden. Erst später wurde die Mörderin in einer verschlossenen Kanzlei der Postdirektion an Fensterrahmen erhängt aufgefunden. Ihre Hände waren mit Blut bespritzt, jedoch es darnach und nach anderen Anzeichen als sicher gilt, daß sie den Mord vollführt hat.

das Auto aus Reboibern zu schießen begannen. Doch gelang es Louisy, den Wegelagerern zu entkommen. Als sein Auto in Theresienstadt einfuhr, fand man, um den Wagen geschlungen, zehn Meter Draht in der Stärke von 12 Millimetern.

Eine falsche „Frau Minister Englisch“ treibt sich in Brünn herum. Sie sieht der Gemahlin des gewesenen Finanzministers Englisch in Gestalt und Kleidung sehr ähnlich und möchte diese Ähnlichkeit gern zu Betrügereien ausnützen. Gestern erschien nämlich in einem Damenhutgeschäft in der Schlossergasse eine Dame, die sich zwei Hüte ausuchte. Als sie bezahlen sollte, erklärte sie, kein Geld bei sich zu haben. Sie sei aber die Gattin des gewesenen Finanzministers Englisch. . . . Mit einem Wort, sie wollte die Hüte ohne Geld herausbekommen, was ihr aber nicht gelang. Als sie das fruchtlose ihrer Bemühungen merkte, erklärte sie, daß sie das Dienstmädchen um die Hüte schicken werde. Da das Dienstmädchen aber lange nicht kam, telephonierte der Geschäftsinhaber dem gewesenen Minister, was eigentlich mit den ausgesuchten Hüten sei. Der hatte von einem Kauf seiner Frau keine Ahnung, und auf diese Weise kam der Betrugsversuch heraus.

Hungergreuel in Rußland.

Moskau, 29. November. (Tsch. B. D.) Eine von Ransen veröffentlichte Mitteilung besagt: Die mir aus Yarow, Samara, Simbirsk, Kasan, Ufa, Orenburg und der Kirgisienrepublik vorliegenden neuen Berichte zeigen ein grauenhaftes Bild der entsetzlichen Wirkungen der Hungernot. Die tatsächlichen Verhältnisse sind viel schlechter, als unsere schlimmsten Vermutungen dies erwarten ließen. Für alle, die den humanitären Gedanken in Europa aufrecht erhalten zu wollen, ist es unausweichliche Pflicht, zu Hilfe zu kommen, um in kürzester Frist soviel Lebensmittel aufzutreiben, daß die Zahl der dem Tode Verfallenen durch die Hilfsorganisationen nach Möglichkeit verringert wird.

Ulster widerlegt sich der Vereinheitlichung Irlands.

Belfast, 29. November. (Reuter.) Gestern ist das Ulsterkabinett zusammengetreten. Allgemein überwiegt die Anschauung, daß sich die Verhandlungen mit der englischen Regierung geschlossen haben. „Evening Standard“ meldet, Ulster habe die Beteiligung am irischen Parlament endgültig abgelehnt.

Die Washingtoner Konferenz.

Verzicht auf die Privilegien in China.
Washington, 29. November. (Havas.) Die Vertreter der neun Mächte nahmen eine Entschließung an, in welcher den fremden Staaten empfohlen wird, vom 1. Jänner 1923 auf die Privilegien zu verzichten, nach welchen sie eine eigene Verwaltung und eine eigene Post in China haben können. Der japanische Vertreter machte bezüglich des Datums dieser Maßnahme einen Vorbehalt und erklärte, er müsse seine Regierung um Weisungen ersuchen.

Günstige Aussichten für Hughes Flottenprogramm.

Washington, 29. November. Die Angelfrage der Abrüstung zur See, insbesondere, insofern sie die großen Schlachtschiffe der drei Großmächte betrifft, dürfte in Washington noch in dieser Woche gelöst werden. Hierauf wird die Konferenz an die Regelung des Verhältnisses zwischen den großen Schlachtschiffen und den Unterseebooten schreiten. Frankreich werde einwilligen, daß die Gesamttonnage seiner Flotte (500.000 Tonnen) um 200.000 Tonnen vermindert werde. Es wird aber fordern, daß ihm sowie den übrigen Seemächten 75.000 Tonnen U-Boote belassen werden. In der nächsten Zeit wird eine Erklärung der japanischen Delegation veröffentlicht werden, in welcher diese für die großen Schlachtschiffe dem Verhältnis 5 : 5 : 3 beitrifft.

Erfolge der ukrainischen Gegenrevolution?

Kopenhagen, 28. November. (Tsch. B. D.) „Berlinske Tidende“ wird aus Helsingfors (ein Fabriksort für falsche Nachrichten. D. Red.) gemeldet: Die Zahl der Ukrainer, die gegen die Bolschewiken kämpfen, wird mit einer Million Mann angegeben. Peiljura erwartet, daß er binnen kurzem über 400.000 Mann verfügen wird. Die Kämpfe sind äußerst erbittert. Bei der Eroberung von Schitomir wurden 3000 Bolschewiken gehent und eine große Anzahl bei den Straßenkämpfen erschossen. Die Ukrainer sind auf eine mehrmonatige Kampfbauer vorbereitet. Kazengs Podolsk wurde zur vorläufigen Hauptstadt der Ukraine ausgerufen. Um Kiew, das von den Ukrainern umzingelt ist, wird heftig gekämpft.

Näuberischer Überfall auf ein Auto. Gestern um halb 7 Uhr abends fuhr der Direktor der Wirtschaftsgenossenschaft in Libochovic Wenzel Louthy mit seinem Automobil von Prag nach Theresienstadt. Um 18 Uhr passierte er die StraÙe zwischen Straßkrow und Duschnit. Da bemerkte der Chauffeur, daß ein Drahtseil über die StraÙe gespannt und der Weg durch große Steine verlegt sei. Im letzten Moment verringerte er die Geschwindigkeit des Fahrens. Das Seil wurde durch den fahrenden Wagen zerrissen, der Kühler und das Schutzglas des Wagens wurden beschädigt. Der Chauffeur Anton Cuc wurde dabei im Gesicht und an den Händen verletzt und ohnmächtig. Da ergriff Direktor Louthy das Steuer des Wagens und bemerkte plötzlich im StraÙengraben vier Männer, welche auf

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Unrichtiger Messebericht. Unter diesem Titel schreibt die „Technische Messe“, die amtliche Leipziger Messezeitung: In der Zeitschrift „Praxie vorloze veletich“ von der Prager Mustermesse ist, wie wir erst jetzt erfahren, ein missverständlicher Bericht über den Verlauf unserer Mustermesse und eine abfällige Kritik unserer Messeeinrichtungen veröffentlicht worden. Der angeblich schlechte Geschäftspgang soll danach unter anderem auf die Entwicklung der Prager und Wiener Messe zurückzuführen sein. Für jeden Kenner der Verhältnisse wirkt diese Behauptung recht eigentümlich, denn wir wissen, daß die zahlreichen neuen Messen im In- und Auslande der alten weltumfrangenden Leipziger Mustermesse keinen Abbruch tun, sondern ihr im Gegenteil Zubringende Dienste leisten. Im übrigen strotzt der Bericht von unrichtigen Angaben. Insbesondere ist die Zahl der Einkäufer mit etwa einem Drittel der wirklichen Anzahl angegeben. Ebenso falsch ist die Behauptung, daß ein großer Prozentsatz der aufgegebenen Ausweise auf ehrenamtliche und neugierige sowie Kamilienangehörige der Aussteller und Einkäufer abzugeben worden sei. Diese abfällige unfreundliche Art der Berichterstattung über unsere Messen steht im schroffen Gegensatz zu der nachsichtigen Beurteilung, welche wir aus naheliegenden Gründen der Prager Mustermesse haben angedeihen lassen. — Es ist wirklich lächerlich, in welcher Art die Veranschönerung der Prager Messe die Bedeutung der Leipziger Messe herabzuwürdigen versuchen.

Kampf gegen die Wohnungsnot. Die Lösung der Wohnungsfrage erscheint von Tag zu Tag dringlicher. In der letzten Zeit sind von verschiedenen Seiten Vorschläge in die Öffentlichkeit gekommen, die sich mit den Wohnungsproblemen beschäftigen. In einer solchen im Verlage der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI., Gumpendorferstraße Nr. 18 erschienenen Schrift greift Genosse Dr. Robert Zaneber in die Diskussion ein. Er fordert die Einführung einer Wohnbausteuer, die von

den Mietern zu tragen wäre und aus dem Ertrag die großen Hausreparaturen und die Kosten für Neubauten zu bestreiten wären. In der Schrift wird dieser Vorschlag mit Ausführungen begründet, die vielfach noch unentwickeltes Zahlenmaterial enthalten. Schon darum wird niemand, der sich mit der Wohnungsfrage beschäftigt, diese Schrift unbeachtet lassen können. Die Schrift kostet für organisierte Arbeiter bloß eine Krone.

Aufhebung der Arbeitsdienstpflicht in Rußland? Nach einer Londoner Drahtung des „Temps“ traf aus Moskau über Neval die Nachricht ein, daß die Arbeitspflicht in Rußland durch Erlass der Volkskommissare aufgehoben wurde. — Falls diese Nachricht den Tatsachen entspricht, wäre dies ein weiterer Abbau der kommunistischen Ordnung in Rußland.

Ueber die Regelung der Kohlenwirtschaft. Das am 26. d. M. ausgegebene Stück der Sammlung der Gesetze und Verordnungen enthält die Durchführungsverordnung zum Gesetze vom 12. August 1921, Nr. 296 S. d. G. u. V., über die Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 9. April 1920, Nr. 260 S. d. G. u. V., über die Regelung der Kohlenwirtschaft.

Streiks in Rußland. Das „Pravo Lida“ bringt die Richtlinien, nach denen der Kampf der Arbeiter in den Privatunternehmungen Rußlands geführt werden soll, wie sie das Organ des allrussischen Gewerkschaftsrates „Trud“ veröffentlicht: 1.) Falls der abzuschließende Vertrag übertreten wird, muß man sich an das staatliche Gericht wenden; 2.) im Falle anderer Konflikte ist es erforderlich, sich der Autorität der Gewerkschaftsorganisationen und des staatlichen Machtapparates zu bedienen; 3.) nur in äußersten Fällen und bei besonders scharfen Konflikten kann man zum Streik greifen, wobei der Streik keinesfalls elementaren Charakter annehmen darf. — Beachtenswert ist dabei, daß die Gewerkschaften überhaupt Richtlinien zur Führung von Streiks in Rußland herauszugeben sich

benähmigt sehen, da bisher in Rußland die Arbeitsdienstpflicht herrschte und Streiks überhaupt verboten waren. Durch die Wiedereinführung des Kapitalismus in Rußland und die Wiedereinsetzung privater Unternehmer ist jedoch die Möglichkeit von Streiks geboten. Der allrussische Gewerkschaftsrat warnt jedoch die Arbeiter vor Streiks „elementaren Charakters“. Aus dieser Weisung des allrussischen Gewerkschaftsrates könnte auch die kommunistische Gewerkschaftszentrale in Reichenberg etwas lernen.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 2200, 100 Mark 21.00, 100 Schweiz. Franken 1812, 100 Lire 283, 100 franz. Francs 692½, 1 Pfund Sterling 881, 1 Dollar 97½, 100 belg. Franken 611½, 100 Peso 1815, 100 Dinar 132½, 100 Lei —, 100 österr. Kronen 1.40, 100 poln. Mark 2.80, 100 ungar. Kronen 13.15 tsch. Kronen.

Aus der Partei.

Prag, 2. Oktoberaktion Smichow. Donnerstag, den 1. Dezember, um 8 Uhr abends Versammlung im Restaurant „Libuscha“, Smichow, Stepanistrafße.

Bereinsnachrichten.

Zentralverband der Anwohner in Industrie, Handel und Verkehr, Odebrubke Prag. Donnerstag, den 1. Dezember, um halb 8 Uhr abends im „goldenen Kreuz“, Refektorium, Monatsversammlung. Tagesordnung: Berichte, Vortrag des Kollegen Dr. Strauß über Betriebsausfälle.

Verleger-Verbandsrat in der tschechoslowakischen Republik. Die satzungsgemäße Vollversammlung findet am 20. Jänner 1922 statt. Freie Anträge sind rechtzeitig an den Schriftführer MUDr. Hans Frankl, Prag-Smichow, Kobresz legül 16, zu richten.

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker. Heute spricht R. A. Wittsoel (Leibniz) im großen Pranosaal, Smichowstraße 22, um 8 Uhr abends über die „Soziologie der Kunst“. Stehende Karten von 2—10 Uhr an der Abendkasse.

Kunst und Wissen.

Neues deutsches Theater. Heute Mittwoch Gastspiel Sandomir „Carmen“, Donnerstag „Marquis von Keith“, Freitag, halb 8 Uhr abends Thaler-Gastspiel „Erde“, Samstag, halb 8 Uhr abends Gastspiel Sandomir „Elektra“, 10 Uhr abends „Simulation“, „Hausgehilfin“, „Kabarett“. Sonntag abends Gastspiel Sandomir „Hoffmanns Erzählungen“, Montag „Elektra“, Gastspiel Sandomir.

Irania.

Deutscher Bezirksbildungsausschuh Groß-Prag. Morgen, halb 7, Landestat Dr. Rudolf Slawitschke: „Sozialbürgerliche Erziehung“ (Volk, Staat, Wirtschaft). Vierte Ausrufstunde. Kleiner Pranosaal. Eintritt frei.

Briefkasten.

„Carmen.“ Auf Anonymes können wir nicht eingehen.

Herausgeber:

Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Solide Optik. Ausführung ärztl. Rezepte. **M. DEUTSCH** 280 Optiker u. Mechaniker, Prag I., Graben 25. (Kleiner Bazar.)

„Atlantis“ im „Bio Sanssouci“. Die französische Filmkunst hat mit diesem Werke einen Meilenstein geschaffen, der sich läßt auf die Seite der bedeutendsten Filmproduktionen stellen darf. Es ist eine Erzählung, die in logisch verknüpfte Akte gegliedert, sich im Filmrahmen mit erstaunlicher Schärfe abspielt, ohne auch nur einen einzigen Augenblick das Interesse des Zuschauers erlahmen zu lassen. Die Szenenbilder sind von überwältigender Macht. — Kartendruckverkauf tagsüber bei Truhlar („Koruna“ und „Koschik“) und an der Biolasse ununterbrochen von 9—20 Uhr. 397

GROSSER AUSVERKAUF

rein wollener Stoffe! 362

Bei Damenkostüme und Herrenanzüge mit 10% Ermäßigung, anlässlich der Auflösung dieser Abteilung zum Preise von je 40.—, 60.—, 80.— und 100.—

- 70 cm breiter Planell Re 11.—
- Barchent von Re 12.— bis 20.—
- 70 cm Samt in allen Farben 40.—
- 78 cm Nürnberger Webe prima 11.—
- 78 cm Trieb-Seiden 12.—
- 80 cm „Silfon prima 1.—
- 120 cm Julett 25.—

Herren: Herren, Damen

- Planel 32.— 30.—
- Tafel mit Hemdbrust 37.—
- Stahlhuder 35.—
- Leinwand 50.—
- Leinwand Reform 30.—
- Leinwand mit schöner Stickerei 40.—
- Tricot 25.— 32.—

Mädchen- und Knabenhosen und Tricotanzüge von Re 10.— bis Re 25.—

Herren-Unterhosen:

- blaue Barchent Re 28.—
- Kolman (weiße Planel) 40.—
- weißer Gradl m. franz. Gürtel 42.—
- weißer Gradl m. Hosensband 39.—
- Tricot 24.—
- Griset, rob, gerauht 30.—

Damenhosen:

- Planel Re 28.—
- Barchent 40.—
- Tricot 25.—
- Barchentunterröde 45.—
- Shürzen von Re 22.— bis 45.—

Herrenoberhosen aus Hofzeug und Samt von Re 75.— bis Re 100.—

Reise:

- Paket a 10 m Planel und Barchent Re 115.—
- Paket b 15 m Blusenbarchent und Barchentplanel 100.—
- Paket c 20 m Barchent, Planel und Weben 250.—
- Paket d 20 m eigens schöne ausgesuchte Ware 350.—
- Leintücher 2 m lang, 120 cm breit 44.—
- Leintücher ungebleicht 2 m lang, 120 cm breit 38.—
- Leintücher weiß 2 m lang, 146 cm breit 50.—
- Moderne Seidenhalstücher 40.—

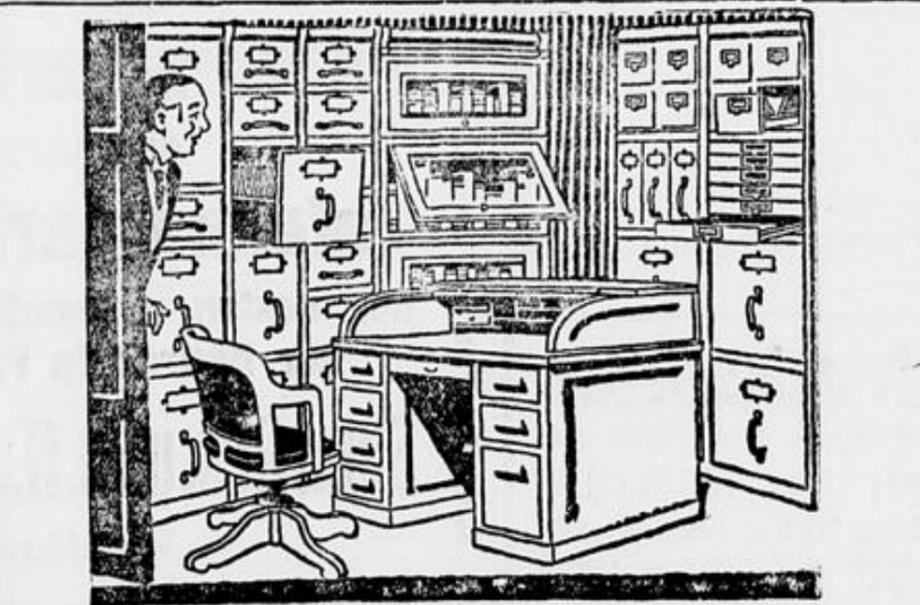
Nichtpassendes nehme retour und retournieren das Geld!

Weberei u. Wäschefabrik Otto Käß, Prag I., Celestná 14, 1. Stod



Brüder Tauber

Weingrosshändler
Weingutsbesitzer
Prag-Wysočan.



Wie ein marcen ist die Arbeit bei unserer Büroeinrichtung. 170
„Jerry“, Gesellsch. für Büro-Einrichtung, Prag II-1646
 Telefon 3312. Vladislavova ul. Nr. 13. Telefon 3312

!! „HA-HA“ SCHUHE !!

Kč 165.-

Schwarze Herren-Box-Schnürschuhe garantiert dauerhaft.

Kč 299.-

Braune Damen-Box-Schnürschuhe besonders preiswert.

Garantie Marke

.. HA-HA ..

Ferner reiche Auswahl in Luxus-sowie Strapazschuhe

Provinzversand sofort per Nachnahme.

„HA-HA“ Schuhvertriebsgesellschaft m. b. H., PRAG, Palais „Koruna“.



BERSON GUMMIABSÄTZE

BILIGER ALS LEDER



National u. Praga KONTROLL-KASSEN

von Kč 950.— mit Fabrikgarantie

Rekonstruktionen
Umbau 312
Reparaturen
Vernickelungen
Repar. Abonnement

zu den billigsten Preisen im Fachgeschäft:

Kontroll-Kassen G.m.b.H.,

Prag I., Rybná ul. 20.

Inserieren bringt Erfolg!



So wertvoll

wie Holländische Gulden

aber längst nicht so teuer ist die weitverühmte, unerreichte — Pflanzenmargarine —

Liga!

Beste und billigste Brotausstech!



Kč 390

ein eleganter moderner Cheviotanzug mit Wollserge.

Kč 390

ein eleganter Ueberzieher mit Wollserge.

Kč 390

ein moderner Uebergangs-Kimono-Raglan.

Kč 390

ein Double-Winter-Raglan.

Kč 390

ein englischer Gummimantel.

Kč 390

ein kurzer Winterrock mit Pelzkragen.

Alle Preise. Die 2% Umsatzsteuer trägt die Firma selbst.

KONFEKTIONSHAUS
Sigmund Stránský,
PRAG, HYBERNSKÁ.

Feinster Punsch u. Liköre.

Julius SCHMELZER, Teplitz-Schönau
Liquorfabrik, Destillation mit Motortrieb.
Gegründet 1863. Gegründet 1865.

TATRA

Automobile der Nesseldorfer Wagenbau-Fabriks-A.G. in Nessel-dorf in MAHREN

4-tonnige Lastautos mit und ohne Anhänger
4-tonnige Lastautos mit Spezialkarosserie für Brottransporte.

Bei zahlreichen Arbeiter-Konsumvereinen mit bestem Erfolge im Betriebe.
Verkaufsbureau in Prag: Smíchov Nábř. Legli 28.

Drucksorten

aller Art, modernst ausgeführt liefert raschest die
Druckerei der TRIBUNA A.-G.
Prag II., Karlovo nám. 15.
Telephon 3090. Voranschläge gratis. Telephon 3090.

Marx-Kalender für 1922

in schöner, geschmackvoller Ausführung das Stück mit Block zu Kč 2'15, sowie

Adler- u. Seligerkalender

mit Block das Stück zu Kč 2.—, liefert

Photokal, Fabrik phot. Kartons u. Kalender
Pankratz & Co., in Neuern, Böhmerwald.

Wir erzeugen wieder feinste Theemargarine „SANA“ und vorzügliche Tafelmargarine „AXA“

den besten, altbewährten Butterersatz der Neuzeit in Friedensqualität.

Sana Ges. m. b. H., Prag-Bloubčtin

Půjčovni 2.

VORNEHME HERRENSCHNEIDEREI NACH MASS AUS EIGENEN UND MITGEBRACHTEN STOFFEN

MAISON LOUVRE
PRAG, NARODNI TRIDA 20

STETER EINGANG VON NEUHEITEN TELEPHON: 7903 4048 ERSTKLASS. SCHNITT UND VERARBEITUNG

BESTE EINKAUFSQUELLE FÜR KONSUMVEREINE.

GRÖSSTE AUSWAHL

in DAMAST-TISCHGARNITUREN, KAFFEE-GARNITUREN, TASCHENTÜCHERN, bis zur teinsten Ausführung.

WEBEREI UND TEXTILWAREN EN GROS
BALDOWSKY, BREITLER & Co.,
TELEFON 676. PRAG, Celetná 3. TELEFON 676,
ZWEITES HAUS VOM ALTSTÄDTER RING.